

Sitzung Ausschuss für Haushalt, Finanzen und städtische Beteiligungen am 19.02.2020

19.02.2020 18:00 Uhr



Sitzungsniederschrift

Ausschuss für Haushalt, Finanzen und städtische Beteiligungen

Sitzungsort:	Badehaus – Prof.-Menger-Saal	
Sitzungsdatum:	19.02.2020	Niederschrift gefertigt am: 26.02.2020
nichtöffentlich	Beginn: 17:45 Uhr	Ende: 17:50 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

BG Axel Stange

Stimmberechtigtes Mitglied

2. stv. BM Jann Ennen

RM Jutta Wunsch

RM Jens Podein

BG Stefan Wehlage

BG Bernhard Onnen

Von der Verwaltung

BM Frank Ulrichs

AV Holger Reising

Stefanie Lübbers

Mario Röttger

Schriftführerin

Stefanie Philipp

Entschuldigt fehlen:

1. stv. BM Henning Padberg

RM Tobias Schnippering

Tagesordnung

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift über die nichtöffentliche Sitzung vom 14.01.2020
3. Mitteilungen der Verwaltung
4. Anfragen und Anregungen

TOP 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung

Ausschussvorsitzender Stange eröffnet die Sitzung. Er stellt die ordnungsgemäße Ladung, die Anwesenheit und Beschlussfähigkeit sowie die Tagesordnung fest.

Beschluss

6 Stimme/n dafür 0 Stimme/n dagegen 0 Enthaltungen

TOP 2. Genehmigung der Niederschrift über die nichtöffentliche Sitzung vom 14.01.2020

Beschluss

3 Stimme/n dafür 0 Stimme/n dagegen 3 Enthaltungen

TOP 3. Mitteilungen der Verwaltung

Es liegen keine Mitteilungen der Verwaltung vor.

TOP 4. Anfragen und Anregungen

BG Onnen regt an, die Erhöhung des Prozentsatzes der Zweitwohnungsteuer noch in diesem Jahr zu prüfen und als Tagesordnungspunkt im Finanzausschuss aufzunehmen, um ggf. eine Erhöhung zum 01.01.2021 umzusetzen.

Der Vorsitzende schließt die nicht-öffentliche Sitzung.

Stange
(Vorsitzender)

Ulrichs
(Bürgermeister)

Philipp
(Protokollführerin)



Sitzungsniederschrift

Ausschuss für Haushalt, Finanzen und städtische Beteiligungen

Sitzungsort:	Badehaus – Prof.-Menger-Saal		
Sitzungsdatum:	19.02.2020	Niederschrift gefertigt am: 26.02.2020	
öffentlich	Beginn: 18:00 Uhr	Ende:	19:05 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

BG Axel Stange

Stimmberechtigtes Mitglied

2. stv. BM Jann Ennen
RM Jutta Wunsch
RM Jens Podein
RM Tobias Schnippering
BG Stefan Wehlage
BG Bernhard Onnen

Von der Verwaltung

BM Frank Ulrichs
AV Holger Reising
Stefanie Lübbers
Mario Röttger

Schriftführerin

Stefanie Philipp

Entschuldigt fehlen:

1. stv. BM Henning Padberg

Tagesordnung

5. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung
6. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 27.11.2019
7. Haushaltsplan für das Jahr 2020 und Investitionsprogramm für die Jahre 2020 bis 2023
8. Anfrage der Ratsfraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur Erhebung einer Verpackungssteuer
9. Mitteilungen der Verwaltung
10. Anfragen und Anregungen
11. Einwohner- / Einwohnerinnenfragestunde

TOP 5. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung

Ausschussvorsitzender Stange eröffnet die Sitzung. Er stellt die ordnungsgemäße Ladung, die Anwesenheit und Beschlussfähigkeit sowie die Tagesordnung fest.

Beschluss

7 Stimme/n dafür 0 Stimme/n dagegen 0 Enthaltungen

TOP 6. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 27.11.2019

Beschluss

3 Stimme/n dafür 0 Stimme/n dagegen 4 Enthaltungen

TOP 7. Haushaltsplan für das Jahr 2020 und Investitionsprogramm für die Jahre 2020 bis 2023

Frau Lübbers stellt den Entwurf des Haushaltes für das Jahr 2020 anhand einer Präsentation vor. Sie hebt hervor, dass der Ergebnishaushalt für das Jahr 2020 mit einem Defizit in Höhe von 417.615 EUR nicht ausgeglichen sei.

Die Gründe hierfür lägen unter anderem in der Steigerung des Gesamtvolumens.

Frau Lübbers erklärt, dass auch das ordentliche Ergebnis der mittelfristigen Finanzplanung gemäß Prognose in einem Defizit münden werde.

Sie erläutert, dass ein unausgeglichener Haushalt kein Problem darstelle, insofern Fehlbeträge im ordentlichen Ergebnis mit Überschussrücklagen ausgeglichen werden können. Sie verweist auf die positiven Jahresergebnisse der letzten Jahre.

Dennoch stellt Frau Lübbers klar, dass ein ausgeglichener Haushalt zukünftig nur erreicht werden könne, wenn Maßnahmen getroffen würden, welche Erträge erhöhten bzw. Aufwendungen verringerten.

Zum Finanzhaushalt erläutert Frau Lübbers, dass der Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit nicht die Tilgungen der Darlehen für Investitionstätigkeiten abdecke.

Sie weist darauf hin, dass die geplante Darlehensaufnahme für das Jahr 2019 bisher nicht in Anspruch genommen worden sei. Aufgrund der derzeit ausreichend vorhandenen liquiden Mittel werde die Darlehensaufnahme erst in diesem Jahr erfolgen.

Frau Lübbers stellt das Investitionsprogramm und die darin enthaltenen Schwerpunkte 2020 sowie eine Übersicht zu den Zinsen und Tilgungen vor.

Frau Lübbers wiederholt, dass Maßnahmen getroffen werden müssten, um dem Defizit entgegenwirken zu können. Sie bringt an, dass zum Beispiel der Steuersatz für die Zweitwohnungsteuer erhöht oder Einsparungen im freiwilligen Selbstverwaltungsbereich vorgenommen werden könnten.

Frau Lübbers stellt die Entwicklung durch Anpassung der Hebesätze dar. Zum Vergleich zieht Sie die Hebesätze anderer Inselgemeinden heran.

BM Ulrichs ergänzt, dass die Gründe des Defizits unter anderem in den Mehraufwendungen im Bereich der Jugendhilfe und der Kindergärten lägen.

BG Wehlage greift die Erhöhung des Hebesatzes der Zweitwohnungsteuer auf. Die Ratsfraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN empfehle die Erhöhung des Hebesatzes auf 20 %. Er hätte sich gewünscht, dass die Erhöhung noch in diesem Jahr umgesetzt werden würde. Somit hätte auch das Defizit im Haushalt 2020 getilgt werden können.

Frau Lübbers erklärt, dass bereits die ersten Bescheide versandt worden seien und auch die Vorbereitungen zur Umsetzung der Erhöhung einige Zeit in Anspruch nähme. Sie tendiere zur Umsetzung der Erhöhung des Hebesatzes zum 01.01.2021.

BM Ulrichs empfiehlt ebenfalls, die Entwicklung des Jahres 2020 abzuwarten.

BG Wehlage erkundigt sich, wie die anderen Fraktionen zu einer Steuererhöhung im Bereich Zweitwohnungsteuer stehen.

BG Onnen stimmt zu, dass eine Anpassung der Zweitwohnungsteuer erfolgen solle. Allerdings empfiehlt er auch, die Anpassung zum 01.01.2021 vorzunehmen. Er geht davon aus, dass das Thema im Laufe des Jahres näher geprüft werde.

Frau Lübbers bietet an, Mitte des Jahres einen neuen Sachstand zu präsentieren.

Beschluss

Dem Haushaltsplan der Stadt Norderney für das Haushaltsjahr 2020 und dem Investitionsprogramm für die Jahre 2020 bis 2023 sowie dem Wirtschaftsplan des städtischen Eigenbetriebes „Technische Dienste Norderney“ wird zugestimmt.

5 Stimme/n dafür

0 Stimme/n dagegen

2 Enthaltungen

TOP 8. Anfrage der Ratsfraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur Erhebung einer Verpackungssteuer

BG Wehlage stellt kurz die Anfrage vor. Er erläutert, dass es möglich sei, für Einweg-Teller und Einweg-Becher eine Steuer in Höhe von 0,50 € sowie für Einweg-Besteck in Höhe von 0,20 € von den Betrieben, welche Nahrungsmittel zum sofortigen Verzehr anbieten, zu erheben. Er schlägt vor, dass die Stadt Norderney mit gutem Beispiel voran gehen könne. Somit wünsche er sich, dass der Verwaltungsausschuss die Verwaltung beauftrage, solch eine Steuer zu entwickeln. Als Beispiel führt BG Wehlage eine Satzung aus Tübingen an, welche zum 01.01.2021 umgesetzt werde.

BG Wehlage erläutert weiter, dass es sich hierbei zum einen um eine Mehreinnahme für die Stadt handle und zum anderen der Müll reduziert werden könne.

BM Ulrichs weist darauf hin, dass es bisher keine Erfahrungswerte mit einer Verpackungssteuer gäbe. Er sagt, dass viele Kommunen sich mit dem Thema befassen würden; allerdings auch abwarten würden, welche Erfahrungen Tübingen machen werde. Weiter erklärt er, dass ein großer Organisations- und Zeitaufwand dahinter stehe.

Er bittet um mehr Zeit, dass Thema zu prüfen.

RM Schnippering gibt zu bedenken, dass es nicht nur einen erheblichen Arbeitsaufwand für die Stadt bedeuten würde, sondern auch für die Gastronomen. Er schlägt vor, sich zu überlegen, wie umweltfreundliche Verpackungen gefördert werden könnten.

BG Wehlage sagt, dass solch eine Maßnahme nicht zum Erfolg führen werde.

BG Onnen fragt an, wer die Umsetzung der Verpackungssteuer kontrollieren solle.

BG Wehlage erläutert, dass jeder Steuerpflichtige auch verpflichtet sei, seine Steuern zu zahlen. Zudem führt er aus, dass die Betriebe verpflichtet seien, zu melden, wie viele Verpackungen verkauft worden seien.

BG Onnen meint, dass mit den Betrieben geredet werden könne, anstatt eine Steuer zu erheben.

BG Wehlage kündigt an, dass die Ratsfraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN im Sommer einen Antrag zur Einführung einer Verpackungssteuer stellen werde.

Beschluss

Die Verwaltung wird beauftragt, die Erfahrungen der Stadt Tübingen bei der Einführung der Verpackungssteuer zu verfolgen.

Bei verwertbaren Ergebnissen soll im entsprechenden Ausschuss Bericht erstattet werden.

Bei einer erfolgreichen Einführung der Verpackungssteuer in Tübingen sollte auch für Norderney eine entsprechende Satzung erarbeitet werden.

4 Stimme/n dafür

1 Stimme/n dagegen

2 Enthaltungen

TOP 9. Mitteilungen der Verwaltung

Es liegen keine Mitteilungen der Verwaltung vor.

TOP 10. Anfragen und Anregungen

Es liegen keine Anfragen und Anregungen vor.

TOP 11. Einwohner- / Einwohnerinnenfragestunde

- a.) Herr Luttmann erkundigt sich nach den Zahlen für die Investitionen aus dem Investitionsprogramm. Frau Lübbers sagt, dass diese bei ihr nachgefragt werden können bzw. im Investitionsprogramm auf der städtischen Internetseite zu finden seien.
- b.) Herr Jentsch fragt an, ob die Verwaltung den unausgeglichenen Haushalt nicht hätte vorhersehen können. Frau Lübbers erklärt, dass ein Defizit bereits in der mittelfristigen Planung der letzten Jahre prognostiziert worden sei.

Der Vorsitzende schließt die öffentliche Sitzung.

Stange
(Vorsitzender)

Ulrichs
(Bürgermeister)

Philipp
(Protokollführerin)



An die
Mitglieder des Ausschusses für
Haushalt, Finanzen und städtische
Beteiligungen
der Stadt Norderney

Fachbereich FB IV
Sachbearbeiter Frau Philipp
Telefon 04932/920 - 249
Mail
Aktenzeichen 902.01

Norderney, den 07.02.2020

Sitzungseinladung

Sitzung: **Ausschuss für Haushalt, Finanzen und städtische Beteiligungen**

Datum: Mittwoch, 19. Februar 2020

Beginn: 17:45 Uhr (nicht öffentlich)
 18:00 Uhr (öffentlich)

Sitzungsort: Badehaus – Prof.-Menger-Saal

Stadt Norderney
Der Bürgermeister

(Ulrichs)

Tagesordnung

Nicht öffentlich

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift über die nichtöffentliche Sitzung vom 14.01.2020
3. Mitteilungen der Verwaltung
4. Anfragen und Anregungen

Öffentlich

5. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung
6. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 27.11.2019
7. Haushaltsplan für das Jahr 2020 und Investitionsprogramm für die Jahre 2020 bis 2023
8. Anfrage der Ratsfraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur Erhebung einer Verpackungssteuer
9. Mitteilungen der Verwaltung
10. Anfragen und Anregungen
11. Einwohner- / Einwohnerinnenfragestunde

1.

Eröffnung der Sitzung, Feststellung
der ordnungsgemäßen Ladung, der
Anwesenheit und Beschlussfähigkeit
sowie der Tagesordnung



Protokollauszug

Sitzung	Ausschuss für Haushalt, Finanzen und städtische Beteiligungen
Status:	nichtöffentlich
Datum	19.02.2020

TOP 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung

Ausschussvorsitzender Stange eröffnet die Sitzung. Er stellt die ordnungsgemäße Ladung, die Anwesenheit und Beschlussfähigkeit sowie die Tagesordnung fest.

Beschluss

6 Stimme/n dafür

0 Stimme/n dagegen

0 Enthaltungen

2.

Genehmigung der Niederschrift über
die nichtöffentliche Sitzung vom
14.01.2020



Protokollauszug

Sitzung	Ausschuss für Haushalt, Finanzen und städtische Beteiligungen
Status:	nichtöffentlich
Datum	19.02.2020

TOP 2. Genehmigung der Niederschrift über die nichtöffentliche Sitzung vom 14.01.2020

Beschluss

3 Stimme/n dafür

0 Stimme/n dagegen

3 Enthaltungen

3.

Mitteilungen der Verwaltung



Protokollauszug

Sitzung	Ausschuss für Haushalt, Finanzen und städtische Beteiligungen
Status:	nichtöffentlich
Datum	19.02.2020

TOP 3. Mitteilungen der Verwaltung

Es liegen keine Mitteilungen der Verwaltung vor.

4.

Anfragen und Anregungen



Protokollauszug

Sitzung	Ausschuss für Haushalt, Finanzen und städtische Beteiligungen
Status:	nichtöffentlich
Datum	19.02.2020

TOP 4. Anfragen und Anregungen

BG Onnen regt an, die Erhöhung des Prozentsatzes der Zweitwohnungsteuer noch in diesem Jahr zu prüfen und als Tagesordnungspunkt im Finanzausschuss aufzunehmen, um ggf. eine Erhöhung zum 01.01.2021 umzusetzen.

5.

Eröffnung der Sitzung, Feststellung
der ordnungsgemäßen Ladung, der
Anwesenheit und Beschlussfähigkeit
sowie der Tagesordnung



Protokollauszug

Sitzung	Ausschuss für Haushalt, Finanzen und städtische Beteiligungen
Status:	öffentlich
Datum	19.02.2020

TOP 5. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung

Ausschussvorsitzender Stange eröffnet die Sitzung. Er stellt die ordnungsgemäße Ladung, die Anwesenheit und Beschlussfähigkeit sowie die Tagesordnung fest.

Beschluss

7 Stimme/n dafür

0 Stimme/n dagegen

0 Enthaltungen

6.

Genehmigung der Niederschrift über
die öffentliche Sitzung vom
27.11.2019



Protokollauszug

Sitzung	Ausschuss für Haushalt, Finanzen und städtische Beteiligungen
Status:	öffentlich
Datum	19.02.2020

TOP 6. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 27.11.2019

Beschluss

3 Stimme/n dafür

0 Stimme/n dagegen

4 Enthaltungen

7.

Haushaltsplan für das Jahr 2020 und
Investitionsprogramm für die Jahre
2020 bis 2023



Protokollauszug

Sitzung	Ausschuss für Haushalt, Finanzen und städtische Beteiligungen
Status:	öffentlich
Datum	19.02.2020

TOP 7. Haushaltsplan für das Jahr 2020 und Investitionsprogramm FA 1/2020 für die Jahre 2020 bis 2023

Frau Lübbers stellt den Entwurf des Haushaltes für das Jahr 2020 anhand einer Präsentation vor. Sie hebt hervor, dass der Ergebnishaushalt für das Jahr 2020 mit einem Defizit in Höhe von 417.615 EUR nicht ausgeglichen sei.

Die Gründe hierfür lägen unter anderem in der Steigerung des Gesamtvolumens.

Frau Lübbers erklärt, dass auch das ordentliche Ergebnis der mittelfristigen Finanzplanung gemäß Prognose in einem Defizit münden werde.

Sie erläutert, dass ein unausgeglichener Haushalt kein Problem darstelle, insofern Fehlbeträge im ordentlichen Ergebnis mit Überschussrücklagen ausgeglichen werden können. Sie verweist auf die positiven Jahresergebnisse der letzten Jahre.

Dennoch stellt Frau Lübbers klar, dass ein ausgeglichener Haushalt zukünftig nur erreicht werden könne, wenn Maßnahmen getroffen würden, welche Erträge erhöhten bzw. Aufwendungen verringerten.

Zum Finanzhaushalt erläutert Frau Lübbers, dass der Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit nicht die Tilgungen der Darlehen für Investitionstätigkeiten abdecke.

Sie weist darauf hin, dass die geplante Darlehensaufnahme für das Jahr 2019 bisher nicht in Anspruch genommen worden sei. Aufgrund der derzeit ausreichend vorhandenen liquiden Mittel werde die Darlehensaufnahme erst in diesem Jahr erfolgen.

Frau Lübbers stellt das Investitionsprogramm und die darin enthaltenen Schwerpunkte 2020 sowie eine Übersicht zu den Zinsen und Tilgungen vor.

Frau Lübbers wiederholt, dass Maßnahmen getroffen werden müssten, um dem Defizit entgegenwirken zu können. Sie bringt an, dass zum Beispiel der Steuersatz für die Zweitwohnungsteuer erhöht oder Einsparungen im freiwilligen Selbstverwaltungsbereich vorgenommen werden könnten.

Frau Lübbers stellt die Entwicklung durch Anpassung der Hebesätze dar. Zum Vergleich zieht Sie die Hebesätze anderer Inselgemeinden heran.

BM Ulrichs ergänzt, dass die Gründe des Defizits unter anderem in den Mehraufwendungen im Bereich der Jugendhilfe und der Kindergärten lägen.

BG Wehlage greift die Erhöhung des Hebesatzes der Zweitwohnungsteuer auf. Die Ratsfraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN empfehle die Erhöhung des Hebesatzes auf 20 %. Er hätte sich gewünscht, dass die Erhöhung noch in diesem Jahr umgesetzt werden würde. Somit hätte auch das Defizit im Haushalt 2020 getilgt werden können.

Frau Lübbers erklärt, dass bereits die ersten Bescheide versandt worden seien und auch die Vorbereitungen zur Umsetzung der Erhöhung einige Zeit in Anspruch nähme. Sie tendiere zur Umsetzung der Erhöhung des Hebesatzes zum 01.01.2021.

BM Ulrichs empfiehlt ebenfalls, die Entwicklung des Jahres 2020 abzuwarten.

BG Wehlage erkundigt sich, wie die anderen Fraktionen zu einer Steuererhöhung im Bereich Zweitwohnungsteuer stehen.

BG Onnen stimmt zu, dass eine Anpassung der Zweitwohnungsteuer erfolgen solle. Allerdings empfiehlt er auch, die Anpassung zum 01.01.2021 vorzunehmen. Er geht davon aus, dass das Thema im Laufe des Jahres näher geprüft werde.

Frau Lübbers bietet an, Mitte des Jahres einen neuen Sachstand zu präsentieren.

Beschluss

Dem Haushaltsplan der Stadt Norderney für das Haushaltsjahr 2020 und dem Investitionsprogramm für die Jahre 2020 bis 2023 sowie dem Wirtschaftsplan des städtischen Eigenbetriebes „Technische Dienste Norderney“ wird zugestimmt.

5 Stimme/n dafür

0 Stimme/n dagegen

2 Enthaltungen

8.

Anfrage der Ratsfraktion BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN zur Erhebung einer
Verpackungssteuer



Sitzungsvorlage

Fachbereich	Aktenzeichen	Vorlagen-Nr.	
FB II	902.01	FA 2/2020	
↓ Beratungsfolge	↓ TOP-Nr.	Öffentlich / nicht Öffentlich	↓ Sitzungstermin
Ausschuss für Haushalt, Finanzen und städtische Beteiligungen	8.	öffentlich	19.02.2020

Anfrage der Ratsfraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur Erhebung einer Verpackungssteuer

Sachverhalt

Angesichts der angespannten Haushaltslage der Stadt Norderney und dem wünschenswertem Ziel, die Menge des auf Norderney anfallenden Mülls möglichst gering zu halten, erachtet die Ratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Einführung einer Verpackungssteuer für Norderney als sinnvolle Maßnahme. Laut Antrag wolle die Stadt Tübingen eine solche Steuer zum 01.01.2021 einführen. Gemäß dortigerseits eingeholtem Rechtsgutachten sei die Einführung einer solchen Steuer auf kommunaler Ebene möglich.

Bislang wurde aufgrund eines Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 1998 der Erlass einer kommunalen Verpackungssteuersatzung als unzulässig erachtet. Gemäß Kommentar Rosenzweig/Freese/von Waldthausen zu § 3 NKAG vom Oktober 2019 (Rd.-Nr. 282) „...ist bisher kein Weg sichtbar geworden, die Verpackungssteuer verfassungsfest zu machen...“

In einer Abhandlung zur Zulässigkeit einer kommunalen Verpackungssteuer in der Zeitschrift für öffentliches Recht in Norddeutschland (NordÖR, 3/2017, S. 113 ff.) kommen die Verfasser jedoch zu dem Ergebnis, dass eine kommunale Verpackungssteuer zulässig wäre, insbesondere weil sich die Rechtslage seit dem BVerfG-Beschluss geändert hätte. Zu dem gleichen Ergebnis kommen die Rechtsgutachter der Stadt Tübingen.

Die Stadt Tübingen selbst misst ihrem Vorhaben „Pilotcharakter“ bei. Die Einholung eines Rechtsgutachtens sollte die Rechtssicherheit des Projekts erhöhen. Zwei Jahre nach Inkrafttreten der Satzung soll überprüft und untersucht werden, ob die gewünschte Lenkungswirkung auch eingetreten ist.

Insbesondere vor dem Hintergrund der Kurzfristigkeit der Anfrage ist verwaltungsseitig u. a. eine Abschätzung der zu erwartenden Einnahmen nicht möglich, weil es an einer Erhebung zum Verbrauch der zu steuernden Einwegverpackungen mangelt. Eine solche Erhebung lässt sich u. a. ohne aufwändige Befragung betroffener Betriebe (hierzu gehören u. a. Imbisse, Eisdielen, Bäckereien, Metzgereien, Tankstellen, Cafés, Gaststätten), die ohnehin auch erst einmal erfasst werden müssten, nicht klären.

Der Niedersächsische Städtetag wurde gebeten, seine Einschätzung zur rechtlichen Situation und zur Praktikabilität einer solchen Verpackungssteuersatzung mitzuteilen. Eine Antwort hierzu steht noch aus.

Aus den vorgenannten Gründen sollten vor einer weiteren Befassung mit diesem Thema die rechtlichen und praktischen Verfahrungen der Stadt Tübingen abgewartet werden. Zu dem gleichen Ergebnis kam Anfang des letzten Jahres der Rat der Stadt Trier.

Finanzielle Auswirkungen		
<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, mit		
Gesamtkosten der Maßnahmen (Beschaffungs-Herstellungskosten) Euro	<input type="checkbox"/> Jährliche Folgekosten/ lasten <input type="checkbox"/> Einmalig Euro	<input type="checkbox"/> Haushaltsmittel in ausreichender Höhe vorhanden. Sichtvermerk FB IV: _____

Beschlussvorschlag

Empfehlungsbeschluss

- Ja
 Nein

Die Verwaltung wird beauftragt, die Erfahrungen der Stadt Tübingen bei der Einführung der Verpackungssteuer zu verfolgen.

Bei verwertbaren Ergebnissen soll im entsprechenden Ausschuss Bericht erstattet werden.

Bei einer erfolgreichen Einführung der Verpackungssteuer in Tübingen sollte auch für Norderney eine entsprechende Satzung erarbeitet werden.

Norderney, 06.02.20

Der Bürgermeister

(Ulrichs)



Protokollauszug

Sitzung	Ausschuss für Haushalt, Finanzen und städtische Beteiligungen
Status:	öffentlich
Datum	19.02.2020

TOP 8. Anfrage der Ratsfraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur Erhebung einer Verpackungssteuer FA 2/2020

BG Wehlage stellt kurz die Anfrage vor. Er erläutert, dass es möglich sei, für Einweg-Teller und Einweg-Becher eine Steuer in Höhe von 0,50 € sowie für Einweg-Besteck in Höhe von 0,20 € von den Betrieben, welche Nahrungsmittel zum sofortigen Verzehr anbieten, zu erheben. Er schlägt vor, dass die Stadt Norderney mit gutem Beispiel voran gehen könne. Somit wünsche er sich, dass der Verwaltungsausschuss die Verwaltung beauftrage, solch eine Steuer zu entwickeln. Als Beispiel führt BG Wehlage eine Satzung aus Tübingen an, welche zum 01.01.2021 umgesetzt werde.

BG Wehlage erläutert weiter, dass es sich hierbei zum einen um eine Mehreinnahme für die Stadt handele und zum anderen der Müll reduziert werden könne.

BM Ulrichs weist darauf hin, dass es bisher keine Erfahrungswerte mit einer Verpackungssteuer gäbe. Er sagt, dass viele Kommunen sich mit dem Thema befassen würden; allerdings auch abwarten würden, welche Erfahrungen Tübingen machen werde. Weiter erklärt er, dass ein großer Organisations- und Zeitaufwand dahinter stehe. Er bittet um mehr Zeit, dass Thema zu prüfen.

RM Schnippering gibt zu bedenken, dass es nicht nur einen erheblichen Arbeitsaufwand für die Stadt bedeuten würde, sondern auch für die Gastronomen. Er schlägt vor, sich zu überlegen, wie umweltfreundliche Verpackungen gefördert werden könnten.

BG Wehlage sagt, dass solch eine Maßnahme nicht zum Erfolg führen werde.

BG Onnen fragt an, wer die Umsetzung der Verpackungssteuer kontrollieren solle.

BG Wehlage erläutert, dass jeder Steuerpflichtige auch verpflichtet sei, seine Steuern zu zahlen. Zudem führt er aus, dass die Betriebe verpflichtet seien, zu melden, wie viele Verpackungen verkauft worden seien.

BG Onnen meint, dass mit den Betrieben geredet werden könne, anstatt eine Steuer zu erheben.

BG Wehlage kündigt an, dass die Ratsfraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN im Sommer einen Antrag zur Einführung einer Verpackungssteuer stellen werde.

Beschluss

Die Verwaltung wird beauftragt, die Erfahrungen der Stadt Tübingen bei der Einführung der Verpackungssteuer zu verfolgen.

Bei verwertbaren Ergebnissen soll im entsprechenden Ausschuss Bericht erstattet werden.

Bei einer erfolgreichen Einführung der Verpackungssteuer in Tübingen sollte auch für Norderney eine entsprechende Satzung erarbeitet werden.

4 Stimme/n dafür

1 Stimme/n dagegen

2 Enthaltungen

9.

Mitteilungen der Verwaltung



Protokollauszug

Sitzung	Ausschuss für Haushalt, Finanzen und städtische Beteiligungen
Status:	öffentlich
Datum	19.02.2020

TOP 9. Mitteilungen der Verwaltung

Es liegen keine Mitteilungen der Verwaltung vor.

10.

Anfragen und Anregungen



Protokollauszug

Sitzung	Ausschuss für Haushalt, Finanzen und städtische Beteiligungen
Status:	öffentlich
Datum	19.02.2020

TOP 10. Anfragen und Anregungen

Es liegen keine Anfragen und Anregungen vor.

11.

Einwohner- / Einwohnerinnenfragestunde



Protokollauszug

Sitzung	Ausschuss für Haushalt, Finanzen und städtische Beteiligungen
Status:	öffentlich
Datum	19.02.2020

TOP 11. Einwohner- / Einwohnerinnenfragestunde

- a.) Herr Luttmann erkundigt sich nach den Zahlen für die Investitionen aus dem Investitionsprogramm. Frau Lübbers sagt, dass diese bei ihr nachgefragt werden können bzw. im Investitionsprogramm auf der städtischen Internetseite zu finden seien.
- b.) Herr Jentsch fragt an, ob die Verwaltung den unausgeglichenen Haushalt nicht hätte vorhersehen können. Frau Lübbers erklärt, dass ein Defizit bereits in der mittelfristigen Planung der letzten Jahre prognostiziert worden sei.